

ANTISERUM

Krankenhauszeitung zur Vernetzung von Widerstand gegen Privatisierung, Stellenabbau, Lohnklau und Konkurrenzkampf **EXTRA** Februar 2008

Tarifrunde Öffentlicher Dienst für Bund und Kommunen:

Genug verzichtet Streiken für mehr Geld! Mindestens 200 Euro und keine Kompensation!



von Eckhard Geitz, Krankenpfleger, ver.di Kassel

Wir Krankenhausbeschäftigten zahlen seit Jahren die Zeche für die politisch gewollte Unterfinanzierung der Krankenhäuser. Reallohnverluste, Notlagentarifverträge und empfindliche Einbußen durch den TVöD machen uns in den letzten Jahren genauso zu schaffen wie Über-Belegung, höhere Fallzahlen und Perso-

nalkürzungen. Der körperliche und mentale Druck ist auf vielen Stationen kaum noch zu ertragen.

Was bisher von Bund und Kommunen „angeboten“ wurde, war in Wirklichkeit eine Forderung nach Lohnabsenkung und ein gigantisches Arbeitsplatzvernichtungsprogramm.

Jede Hoffnung, dass die Arbeitgeber ihre Sklavenhaltermentalität fahren lassen und unsere mehr als berechtigten Forderungen anneh-

men, ohne dass wir sie mit massiven Streiks konfrontieren, ist vergebens. Nur die volle Durchsetzung der Forderung von 8 Prozent Lohnerhöhung (mindestens 200 Euro) wäre ein erster Beitrag, die ganzen Verluste der letzten Jahre aufzufangen!

Es darf sich auf keinerlei Kompensationsgeschäfte eingelassen werden – nicht bei der Arbeitszeit, nicht bei vermehrter Bezahlung nach Leistung. Auch bei den neu zu verhandelnden Entgeltgruppen droht, dass die Arbeitgeber nach der Tarifrunde Absenkungen durchsetzen wollen. Daher müssen im Tarifvertrag die jetzt auslaufenden Übergangsregelungen unbefristet verlängert werden – bis eine bessere Regelung gefunden wird, die keinerlei Verschlechterung beinhaltet!

Die ver.di-Kampagne „der Deckel muss weg“ gegen die Budgetierung und Unterfinanzierung ist eine guter Start dafür in der Tarifrunde auch die politische Dimension unseres Kampfes zu zeigen. Die Abschaffung der Fallpauschalen (DRGs) ist eine Forderung, die dringend in die Kampagne mit aufgenommen werden muss. Doch wir brauchen mehr als eine website-Kampagne – siehe dazu unsere Vorschläge auf den Innenseiten.

Gerade die Krankenhausbeschäftigten haben eine Riesenrechnung mit den Arbeitgebern offen. Der aktuelle Tarifkonflikt ist eine erste wichtige Möglichkeit einen Teil der Rechnung zu begleichen. Wir bitten die Arbeitgeber zur Kasse – diesmal geht es um UNSER Defizit!

Arbeitgeber provozieren! Nein zur Arbeitszeitverlängerung!

Folgendes boten die Arbeitgeber bei der Verhandlungsrunde im Januar: Bei einer Inflationsrate von 3 Prozent sollen die Tabellenlöhne bei einer Laufzeit von zwei Jahren, umgerechnet im Jahr 2008 um 2,5 Prozent und 2009 um 0,4 Prozent angehoben werden. Durch eine Arbeitszeitverlängerung auf 40 Stunden würde der Stundenlohn zum Beispiel im Gegenzug um 4 Prozent gesenkt. Das wären unterm Strich für eine Krankenschwester mit einer 38,5 Stunden-Woche mehr als 700 Euro bis Ende des Jahres, weil die 35 Euro Erhöhung von 2006 gegengerechnet werden soll und weil uns durch die Arbeitszeitverlängerung Überstundenzuschläge verloren gehen würden.

Arbeitszeitverlängerung wäre nicht nur eine Lohnsenkung, sondern würde allein in den Krankenhäusern zehntausende von Arbeitsplätzen vernichten!

Jeglicher Versuch der Arbeitgeber, diese Tarifrunde für eine Arbeitszeitverlängerung zu nutzen, muss abgewehrt werden! Die Antwort von ver.di darauf kann nur lauten: Vereinheitlichung der Arbeitszeit nach unten, also 38,5 Stunden für alle Beschäftigten in Bund und Kommunen in dieser Tarifrunde (bei vollem Lohn und Personalausgleich). Weiterhin setzen wir uns in ver.di für die Vorbereitung einer Kampagne für weitere drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich für die nächste Runde ein.

Der Deckel muss weg!

Mehr Geld für Gesundheit und Beschäftigte in Krankenhäusern!

1. Mehr Geld für die Krankenhäuser!

Die Arbeitgeber in den Krankenhäusern verweisen auf ihre Defizite und drohen offen, dass Tarifierhöhungen durch Stellenabbau, Privatisierung und Tariffucht kompensiert werden würden.

Auf diese Erpressungsversuche darf sich ver.di nicht einlassen!

Denn: Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen. Durch Steuern auf die Profite der Banken und Konzerne könnte das notwendige Geld für eine Kranken- und Gesundheitsversorgung im Interesse der PatientInnen und der Beschäftigten im Gesundheitswesen bereitgestellt werden! Zudem könnte das Geld, das den Pharmakonzernen in den Rachen geworfen wird, sinnvoll genutzt werden, wenn die Pharmaindustrie in öffentliches Eigentum überführt würde.

- **Rücknahme der Gesundheitsreformen der letzten Jahre**
- **Nein zu Privatisierung – unsere Gesundheit ist keine Ware! Re-Kommunalisierung von privatisierten Krankenhäusern**
- **Massives öffentliches Investitionsprogramm in die Krankenhäuser – für eine menschenwürdige Pflege und Gesundheitsversorgung – finanziert durch Abschöpfen der Rekordgewinne von Banken, Pharmakonzernen und Großunternehmen**
- **Profithäie stoppen – Pharmaindustrie, Medizingerätehersteller und private Krankenhauskonzerne in Gemeineigentum überführen – demokratische Kontrolle durch Beschäftigten – und PatientenvertreterInnen**
- **Umwandlung des Gesundheitswesens zu einem kostenlosen, staatlichen Gesundheitswesen**



Protest im Rathaus

Aktionsbeispiel aus Stuttgart – 21. Dezember 2007. Genau wie schon am 10.12. versammelten sich wieder über 150 Beschäftigte vor dem Sitzungssaal des Verwaltungsausschusses im Stuttgarter Rathaus. Die StadträtInnen mussten durch ein „Spalier“ laufen. Zusammen mit KollegInnen aus den städtischen Ämtern protestierten Beschäftigte des Klinikums gegen die Pläne der Stadt zum Doppelhaushalt 2008/2009: „Investitionszuschuss jetzt!“

2. Mehr Personal für menschenwürdige Gesundheitsversorgung!

Der Rückzug des Staates aus der Krankenhausfinanzierung, die Einführung der DRGs und die Budget-Deckelung führt zum gnadenlosen Konkurrenzkampf unter den Krankenhäusern. Die Privatisierungswelle rollt. Für 2007 rechnete nur noch etwa ein Viertel der Kliniken mit schwarzen Zahlen. Ungefähr ein Drittel aller Krankenhäuser soll vom Markt verschwinden.

Seit 1993 werden die Tarifierhöhungen nicht mehr durch Budgeterhöhungen refinanziert, sondern durch Stellenabbau, Überstunden und Tariffucht kompensiert.

150.000 Arbeitsplätze sind in den letzten 10 Jahren in den Krankenhäusern vernichtet worden, davon 50.000 in der Pflege. Laut Pflegebarometer 2007 kompensierten im Jahr 2006 Pflegekräfte 5.000 Vollzeitstellen durch Überstunden. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft hat angekündigt, dass der Personalabbau fortgesetzt würde. Zusätzlich sollen Pflegekräfte ärztliche Tätigkeiten übernehmen.

Wie üblich argumentieren Arbeitgeber und Politiker mit leeren Kassen. Doch Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen! Hier nur zwei Beispiele von vielen:

- Würden die Unternehmer noch so besteuert wie im Jahr 2000 wären 60 Milliarden Euro mehr in den Staatskassen. (Quelle Wipo ver.di 6/2007)

- Laut Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom November 2007 betrug das private Geldvermögen in Deutschland im Jahr 2006 insgesamt 5,4 Billionen Euro. Wenn mit einer Reichensteuer das obere Drittel dieses Vermögens abgeschöpft würde, wären Bund, Länder und Kommunen auf einen Schlag schuldenfrei. Darüber hinaus wären 300 Milliarden Euro übrig – viel Geld für Gesundheit und Beschäftigte in Krankenhäusern!



3. Tarifrunde mit Kampagne gegen Budgetdeckelung verbinden

Anknüpfend an die Kampagne „Mehr Geld für Krankenhäuser“ und Protestaktionen wie sie zum Beispiel in Stuttgart stattfanden, sollte bundesweit mobilisiert werden.

Mit Plakaten, Aufklebern, Unterschriftenlisten und Flugblättern können Vertrauensleute und Krankenhausbeschäftigte in ihrem Bekanntenkreis und auf der Straße viele Menschen erreichen und ihnen die Situation bewusst machen.

Dies wäre ein Anfang für eine breitere Kampagne von Beschäftigten und Betroffenen gemeinsam, und auch um vor Ort gegen Kürzungen und Privatisierung von Krankenhäusern, gegen Lohn-dumping und Stellenabbau, aber auch gegen die Budgetierung der Krankenhäuser insgesamt mobil zu machen.

Als wichtige Forderung betrachten wir eine tarifliche abgesicherte Personalbemessung für alle Krankenhäuser und Altenheime.

Dafür sollten auf der Grundlage einer optimalen medizinischen Versorgung, Pflege und Hygiene klare Mindestbesetzungen und Fachkräftequoten für ärztliches, Pflege-, Reinigungs- und sonstiges Personal festgelegt werden.

Folgende Bedingungen müssen erfüllt sein:

- **arbeitsrechtliche und tarifliche Bestimmungen müssen eingehalten werden.**
- **Überlastungssituationen müssen ausgeschlossen werden**
- **Hygiene-, Unfallverhütungs- und Arbeitsschutzbestimmungen müssen eingehalten**
- **Das „Frei“ der Mitarbeiter muss eingehalten werden**
- **Mindestens jedes zweite Wochenende muss für alle Beschäftigten frei sein**
- **Urlaubs- und Krankheitsvertretungen müssen gewährleistet werden**
- **Zeiten für die Anleitung von Azubis müssen gewährleistet werden**
- **1 ½ facher Freizeitausgleich für Nachtdienste**
- **Auszubildende dürfen nicht auf den Stellenplan angerechnet werden**
- **Ausbildungsquote von zehn Prozent und garantierte Übernahme**

Erfolgreiche Kämpfe in Krankenhäusern

Der Kampf für bessere Löhne ist international

Belgien

In Belgien gab es 2004/2005 eine einjährige Auseinandersetzung um mehr Geld (100 Prozent Weihnachtsgeld), zusätzliche freie Tage und Neueinstellungen. Nach fünf landesweiten Kundgebungen mit 20.000 Beschäftigten kam es im Frühjahr 2005 zu einem zweiwöchigen Streik. Der Streik war ein großer Erfolg. Die Forderungen konnten weitgehend durchgesetzt werden. Die Budgets der Krankenhäuser mussten von der Regierung um 25 Prozent erhöht werden.

Finnland

Wie in Deutschland gehören in Finnland die KrankenpflegerInnen zu den am schlecht bezahltesten Berufen. Mit 1.400 Euro netto geht eine Krankenschwester in Helsinki nach Hause. Zu wenig. Die Gewerkschaft forderte eine Lohnerhöhung von 430 bis 650 Euro für die verschiedenen Gruppen von PflegerInnen und Therapeuten und biss damit bei der Regierung erst mal auf Granit. „*Es scheint etwas Ungeheuerliches zu sein, wenn eine frauendominierte Berufsgruppe mal etwas härter vorgeht*“, so die Vorsitzende der finnischen Gesundheitsberufe-Gewerkschaft, Laitinen-Pesola gegenüber der Zeitung taz. Mit einer harten Kampagne, in der die KrankenpflegerInnen unter anderem die Überstunden verweigerten, und sogar von sich aus mit Massenkündigungen drohten, konnten sie große Zugeständnisse der Regierung erzwingen. Angesichts des herrschenden Mangels an Pflegekräften blieb der Regierung am Ende nichts anderes übrig als klein beizugeben. Die Löhne werden um 22 bis 28 Prozent erhöht und zusätzlich ein Weihnachtsgeld von 270 Euro bezahlt. Die Krankenhausträger sprechen von einer 16-prozentigen Kostensteigerung. Fazit: Kämpfen lohnt sich.



ANTISERUM

Krankenhauszeitung zur Vernetzung von Widerstand gegen Privatisierung, Stellenabbau, Lohnklau und Konkurrenzkampf

Vi.S.d.P.: Angelika Teweleit, Emser Str. 78, 12051 Berlin

Gemeinsam streiken macht stark

Die von ver.di, der GEW und den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes aufgestellten Forderungen sind das Minimum dessen, was in dieser Tarifrunde erkämpft werden muss. Es darf auch nicht wieder bittere Kompensationsgeschäfte geben, wo uns das, was wir bekommen, auf der anderen Seite wieder weggenommen wird. Die Forderungen sind voll durchsetzbar, wenn wir unsere Kräfte bündeln und die gesamte Kampfkraft der 2,6 Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten in die Waagschale werfen.

*Dieter Janßen, Mitglied im Vertrauensleute-Vorstand ver.di-Betriebsgruppe Klinikum Stuttgart**

Dringendste Aufgabe ist es, eine Verzettelung zu verhindern. In den Krankenhäusern sollten wir uns für gemeinsame Streiks von Ärzten und nichtmedizinischem Personal einsetzen. Wir brauchen eine Zusammenfassung aller Fachbereiche des öffentlichen Dienstes, und zwar über gemeinsame Vertrauensleute-Funktionärskonferenzen und Streikversammlungen.

Am besten wäre zum Auftakt ein bundesweiter gemeinsamer eintägiger Warnstreik- und Aktionstag, an dem sich Beschäftigte aller Fachbereiche beteiligen. Das wäre der richtige Anfang, um die Urabstimmung einzuleiten und einen bundesweiten Vollstreik vorzubereiten. In den Bezirken sollte die Möglichkeit genutzt werden, in der jeweiligen Stadt, bzw. Region alle gemeinsam zum Streik aufzurufen. Das Schlichtungsabkommen gehört sofort gekündigt, da es nur den Arbeitgebern nützt. Beim Absenkungs-TVöD haben wir gesehen, was passiert, wenn verhandelt wird ohne Streik. In der Schlichtung herrscht Friedenspflicht. Das verschlechtert unsere Ausgangsposition erheblich.

In einem bundesweiten Vollstreik des öffentlichen Dienstes kann der ökonomische Druck des Streiks der Lokführer übertroffen werden. Die Straßenbahn- und Busfahrer können in den Städten den Verkehr zum Erliegen bringen. Wenn die Feuerwehr an den Flughäfen streikt, darf aus Sicherheitsgründen kein Flugzeug mehr starten oder landen. Wenn das Kraftfahrtbundesamt in Flensburg und die Politessen streiken, gibt es Millionenverluste. Wenn die Müllabfuhr und die Straßenreinigung streikt, stellt sich die Frage: wohin mit dem Müll? Lasst uns die Stärke nutzen, die wir entwickeln können, wenn wir in den Verkehrsbetrieben, bei der Müllabfuhr, in den Verwaltungen, in den Krankenhäusern und Kitas streiken: So können wir die Politiker in den Rathäusern und in der Bundesregierung in die Knie zwingen.

Ein baldiger Streik im öffentlichen Dienst wäre auch die beste und dringend notwendige Unterstützung des Streiks der Verkäuferinnen für ihre Forderungen: Erhalt der Zulagen, Einkommen zum Auskommen, Mindestlohn von 1.500 Euro.

ver.di befindet sich derzeit in Bereichen mit fast sieben Millionen Beschäftigten in Tarifauseinandersetzungen. Neben dem Einzelhandel und dem öffentlichen Dienst sind das unter anderem Telekom-Bereiche, Bundesagentur für Arbeit, Krankenkassen, Rentenversicherungen, Energie- und Krankenhauskonzerne, kirchliche Einrichtungen und Wohlfahrtsverbände. Jetzt ist die Zeit, diese Kampfkraft einzusetzen: „Millionen sind stärker als Millionäre“!

Ein effektiver und erfolgreicher Streik braucht die demokratische Kontrolle durch die Streikenden. Im ersten Schritt sollten überall wo gestreikt wird, Streikleitungen gewählt werden, im zweiten Schritt die Streikleitungen örtlich und auf allen Ebenen vernetzt werden. In Stutt-



gart führten wir im Streik 2006 tägliche betriebliche und betriebsübergreifende Streikversammlungen durch. Dies sollte selbstverständlich in allen Orten sein. Wir brauchen gläserne Tarifverhandlungen. Es darf keinen Abschluss in einem Bereich geben ohne Abschluss für alle und ohne schriftliche Zusage, dass der Abschluss auf die BeamInnen übertragen wird. Es darf keinen Abschluss und keinen Streikabbruch geben ohne mehrheitliche Zustimmung durch die Mitglieder.

*Angabe der Funktion dient nur der Kenntlichmachung der Person

Schreib uns!

Du hast auch die Nase voll, wegen Reallohnverlusten und steigender Arbeitshetze? Du findest unsere Zeitung gut?

Dann schreib uns – wir freuen uns über Deinen Bericht aus dem Arbeitsalltag, Deine Meinung, oder auch Aktionsberichte vom Streik:

antiserum@netzwerk-verdi.de oder an A. Teweleit, Emser Str. 78, 12051 Berlin

Bundesweites Treffen des „Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ver.di“:

24. Mai 2008 in Kassel

Uhrzeit und Ort in Kürze auf www.netzwerk-verdi.de.

Weitere Termine von lokalen Treffen bitte per email erfragen